

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Beginn der Rede

Haushaltsrede
von Oberbürgermeister
Hans Schaidinger
in der Sitzung des Stadtrates

am 28.01.2010

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

natürlich ist eine Haushaltsdebatte auch ein Ort grundsätzlicher politischer Diskussionen. Dies sollte aber nicht dazu führen, dass dahinter die Erörterung von Sachfragen zu sehr in den Hintergrund tritt. Ich will versuchen, mich nachfolgend vorwiegend mit diesen Sachfragen zu befassen.

Es ist kein Geheimnis mehr, dass die Erstellung eines verantwortbaren und genehmigungsfähigen Haushaltes und des eine mittlere Frist abdeckenden

Investitionsprogrammes und Finanzplanes in diesem Jahr erheblich mehr Mühe als in den vergangenen Jahren verursacht hat. Dies hat vorwiegend Gründe, die auf externen Effekten beruhen.

Wenn man die Einflüsse auf die Einnahmenseite betrachtet, darf man den Haushalt 2010 sorgenvoll, aber letztlich nicht einmal besonders negativ sehen. Diese Einflüsse sind im Wesentlichen:

1. Seit 80 Jahren hat Deutschland keinen wirtschaftlichen Einbruch vergleichbaren Ausmaßes erlebt. Die Wirtschaftsleistung unseres Landes ist im Vergleich zum Vorjahr um 5 Prozent regelrecht eingebrochen. Die sinkenden Steuereinnahmen bilden diesen Einbruch ab. Diese Auswirkungen werden im Gegensatz zur Bruttozialproduktentwicklung auch noch in den nächsten Jahren

anhalten. Die öffentliche Hand und darunter auch die Städte müssen bereit und in der Lage sein, auf solche Entwicklungen zu reagieren. Damit meine ich die Bereitschaft, ursprünglich geplante Ausgaben zu streichen oder zu verschieben. Es ist bedauerlich, dass die Städte dazu gezwungen sind, solche notwendigen Anpassungen weit überwiegend bei den Investitionen vorzunehmen, weil bei den laufenden Ausgaben eine solche Anpassung in der Regel aufgrund gesetzlicher Vorgaben nicht möglich ist.

2. Bund und Länder entlasten derzeit die Stadt Regensburg nicht, sondern schaffen zusätzliche Belastungen. Wenn das Wachstumsbeschleunigungsgesetz etwas beschleunigen sollte, dann müsste es das, was beschleunigt werden soll, vorher geben; ein

Wachstum, hervorgehend aus vom Staat gesetzten

Wachstumsanreizen oder einen selbsttragenden Aufschwung.

Einen solchen Aufschwung sehe ich nicht, wohl aber weitere

Einnahmefälle aufgrund dieses Gesetzes, die ich für

Regensburg allerdings bisher nicht genau beziffern kann. Wir werden

zwar heuer in der Bundesrepublik

Wachstum haben, das sich nach

meiner Auffassung allerdings aus

notwendigen, in den letzten Jahren

verschobenen Erweiterungs- und

Erhaltungsinvestitionen und aus

einer durch die Wirtschaftskrise

Gott sei Dank bisher nicht

nennenswert reduzierten Kaufkraft speist.

3. Bis selbst diese Effekte bei der Haushaltswirtschaft der Stadt ankommen, wird es den üblichen 2-Jahres-Zeitverzug geben. Dieser Verzug wird verstärkt durch die

zeitgleich wirkende Systematik des kommunalen Finanzausgleichs, der uns für 2010 und 2011 krisenverschärfend Einnahmenrückgänge beschert. Dieser Effekt ist nicht, wie fälschlicherweise in dieser Woche in der überregionalen Presse zu lesen war, durch systemwidrige Entnahmen aus den Finanzausgleichstöpfen bedingt, sondern durch das rückläufige Steueraufkommen. Im Gegenteil: Der Freistaat Bayern ist den Kommunen beim Finanzausgleich 2010 durchaus sowohl bei den Schlüsselzuweisungen als auch bei der Dotierung einzelner Finanzierungsansätze auf seine Kosten entgegengekommen.

4. Die Ankündigung von kommunalen Finanzgipfeln auf Bundes- und Landesebene bestätigt lediglich, dass die Situation der Kommunen wohl mittlerweile wahrgenommen

wird. Die Bereitschaft zu strukturellen Veränderungen im Gemeindefinanzierungssystem, das - wie ich wiederholt bemerkt habe - eine strukturelle Unterfinanziertheit der Gemeinden in der Bundesrepublik aufzeigt – kann ich in den letzten Jahren, eigentlich seit der letzten großen Gemeindefinanzreform Anfang der 70er Jahre, nicht erkennen. Von daher ist schnelle Hilfe nicht zu erwarten. Hier werden auch in Zukunft vorwiegend Verteilungskämpfe stattfinden; eine Grundsatzdiskussion darüber, was wir uns in Deutschland kommunal finanziert auf Dauer leisten können, wird so schnell noch nicht stattfinden.

5. Es darf aber nicht unbeachtet bleiben, dass die Einnahmentwicklung Regensburgs aufgrund der Diversifikation unserer Wirtschaft in

Größen- und Branchenstruktur mehr Robustheit aufweist als die vergleichbarer anderer Städte. Dieser Lichtblick ermöglicht uns eine gewisse Zuversicht, konkret die Beibehaltung eines nach wie vor im bayerischen Vergleich hohen Investitionsniveaus und eine vergleichsweise noch einigermaßen sichere Finanzplanung für den gesamten Planungszeitraum.

6. Natürlich gäbe es noch einen geringeren weiteren Finanzierungsspielraum durch Verschuldung. Ich sehe aber mit Sorge, wie schnell manche bereit sind, Verschuldungsgrenzen, die noch vor einiger Zeit als bedrohlich angesehen wurden, leichtfertig zu überschreiten. Ich möchte dem klar entgegenreten. Es kann nicht darum gehen, eine Verschuldung von 350 Millionen so wenig wie möglich zu überschreiten, sondern

es kann nur darum gehen, diese Grenze einzuhalten, und - wenn sie denn überschritten wird, was kein Ziel sein sollte - die Verschuldung so schnell wie möglich wieder unter diese Marke zurück zu führen.

Ich werde weiterhin das Ziel verfolgen, diese Grenze gar nicht erst anzukratzen. Diese Zielmarke ist ohnehin nur eine von mehreren Zielvorgaben, die bei der Planung der Verschuldung anzustreben sind. Daneben spielt auch die nachhaltige Investitionsfähigkeit der Stadt Regensburg eine Rolle, die durchaus, was künftige Haushaltsentscheidungen der Stadt Regensburg betrifft, auch bei einer Verschuldung von unter 350 Millionen schon eingeschränkt sein kann.

Wir werden im Haushaltsvollzug und bei der weiteren

Haushaltsplanung nach wie vor versuchen müssen, gerade bei der jetzt für die nächsten 2, 3 Jahre absehbaren, reduzierten Einnahmenentwicklung diese Grenze nicht anzutasten und - um es unumwunden zu sagen - nicht jede Unterschreitung rechtfertigt sofort das Neuaufgreifen von verschobenen Investitionen; zumal wir nach wie vor zwei Großprojekte planen, die künftige Verwaltungshaushalte tangieren, nämlich ein Kultur- und Kongresszentrum und ein Fußballstadion.

Diese Belastung des Verwaltungshaushalts in künftigen Jahren erfordert bereits jetzt eine vorausschauende Planung der Ist-Verschuldung.

Eine Bemerkung zur Einnahmenentwicklung halte ich noch für wesentlich: Viele Städte und

Gemeinden sind zurzeit erfinderisch, besser gesagt, sie werden dazu gezwungen, erfinderisch zu sein bei der Generierung zusätzlicher Einnahmen, wenn die Steuereinnahmen zurückgehen. Das beginnt bei der Bettensteuer zur Finanzierung von Kulturausgaben, setzt sich fort bei der durchgängigen Erhöhung von Gebühren für städtische Dienstleistungen und das geht weiter bis zur Veräußerung kommunalen Vermögens.

Wenn man dem Bürger ehrlich gegenüber tritt, wird man ihm sagen müssen, dass keine dieser drei Maßnahmen geeignet ist, Stadtfinanzen zu sanieren ohne gleichzeitig andere Probleme aufzuwerfen. Der Stadtkämmerer und ich, wir schlagen Ihnen solche Lösungen nicht vor. Wir schlagen Ihnen vor, den Bürgerinnen und Bürgern klar zu sagen, dass derzeit nicht alles machbar ist, dass derzeit

weniger als noch vor einem oder zwei Jahren finanzierbar ist und auch wünschenswerte Dinge warten müssen. Nachdem sich die Bürgerinnen und Bürger vor drei Wochen in einer Umfrage gegen weitere Steuersenkungen ausgesprochen haben – ein bundesweites Ergebnis – und nachdem sie sich in Regensburg am letzten Sonntag in einem Bürgerentscheid dafür ausgesprochen haben, das Machbare in Angriff zu nehmen und das Unrealistische sein zu lassen, dürfen wir davon ausgehen, dass die Menschen unsere Ehrlichkeit verstehen, nachvollziehen und anerkennen. Dafür zolle ich unseren Bürgerinnen und Bürgern meinen Respekt. Wir können daraus auch noch mehr Mut als bisher schöpfen, uns nicht nach jeder besonders artikulationsfähigen kleinen Gruppe zu richten, sondern getrost auf das Interesse der Allgemeinheit zu

schauen.

Das gilt umso mehr, als in unserem Ausgabenverhalten ohnehin nicht nur „Schmalhans“ Küchenmeister ist.

Dieser Haushalt gehorcht nicht nur finanziellen Zwängen, er enthält auch bewusst gesetzte Entscheidungen und Gestaltungsmöglichkeiten.

Lassen Sie mich ein paar Beispiele nennen:

1. Dienstleistungen für die Bürger, die sich ja im großen Block der Personalaufwendungen ganz maßgeblich abbilden, reduzieren wir nicht. Wir kürzen keine freiwilligen Leistungen über das in der Vergangenheit vorgenommene Maß hinaus. Wir schließen keine Einrichtungen. Im Gegenteil: Aus dem Stellenplan wird deutlich, dass wir nach wie vor in der Lage sind, insbesondere für die Aufgabenbereiche Bildung, Jugendhilfe, Kinderbetreuung und

öffentliche Sicherheit neue Stellen zu schaffen; und trotzdem enthält dieser Stellenplan netto keine Stellenmehrung. Das ist eine Rationalisierungsleistung der Stadtverwaltung, die in finanziell schwierigen Zeiten ganz besonders positiv zu vermerken ist.

2. Wirbürdenkünftigen Generationen keine Lasten auf, die aus unterlassener Instandhaltung städtischer Infrastruktur und städtischen Vermögens entstehen würden. Hier tickt in vielen deutschen Kommunen eine Zeitbombe. Inmanchen Fällen brennt die Lunte an dieser Bombe bereits; nicht in Regensburg. Dieser Aspekt ist nicht spektakulär, aber gewichtig. Die Botschaft lautet: Es gibt auch für die Erfüllung laufender Aufgaben so etwas wie einen Generationenvertrag, dem wir uns verpflichtet fühlen.

3. Wir setzen nach wie vor
Schwerpunkte bei der
Stadtentwicklung. Das sind

- Verkehrsinfrastruktur,
- Bereitstellung von
Entwicklungsspielräumen für
Industrie und Handwerk,
- Entwicklung von
Wohnbauflächen,
- Bildungsinfrastruktur und
- Kinderbetreuung.

Als zusätzliche Schwerpunkte
müssten eigentlich noch das Thema
Kultur, Stichwort RKK, und das
Thema Sport, Stichwort
Fußballstadion, genannt werden, wie
ich schon erwähnt habe. Sie stehen
derzeit ebenso wie die anderen
genannten Bereiche im Fokus der
Verwaltungsarbeit, auch wenn die
Ergebnisse dieser Arbeit derzeit noch
nicht sichtbar sind und sich diese
Projekte wegen der Besonderheiten

der vorgesehenen Finanzierung auch nicht im Investitionsprogramm niederschlagen. Trotzdem wäre es fahrlässig, künftige, notwendige Ausgaben im Verwaltungshaushalt nicht zu sehen.

Ich will ehrlicherweise auch weitere Risiken auf der Ausgabenseite nicht verschweigen.

1. Wir wissen derzeit überhaupt nicht, wie die Betreuung der Langzeitarbeitslosen im SGB II künftig organisiert werden wird. Es wird in dieser Diskussion häufig vergessen, dass damit nicht nur Risiken bei der Finanzierung von Leistungen verbunden sind, sondern auch mögliche Mehraufwendungen für die Administration dieser Aufgabe, die ja derzeit sehr schlank und kosteneffizient gestaltet ist. Wenn die Mischverwaltung, die ja nicht verfassungsgemäß ist, in eine

eigenständige Verwaltung
übergeführt würde, würde eine
eigenständige Finanz- und
Personalverwaltung bis hin zu
eigenständigen Personalvertretung
auch deutlich höhere Kosten
verursachen.

2. Auch die Stadt Regensburg
bekennt sich zu einem deutlichen
Ausbau der
Kinderbetreuungsmöglichkeiten für
die unter 3-jährigen und wir
arbeiten zielstrebig daran, das
gesetzte Ausbauziel bis 2013, das
sind Betreuungsplätze für
mindestens 35 Prozent dieser
Altersjahrgänge, zu übertreffen.
Welche finanziellen Konsequenzen
die vorhandene
Prognoseunsicherheit, ob dieser
Ausbaustandard auch ausreichen
wird, um den Rechtsanspruch auf
einen Krippenplatz zu erfüllen, zur
Folge haben wird, kann derzeit
niemand sagen.

3. Es ist positiv, dass nicht zuletzt durch die Bemühungen der Kommunen in der bayerischen Bildungslandschaft einiges in Bewegung gekommen ist, einschließlich der Tatsache, dass der Freistaat Bayern Ganztagsangebote stärker fördert. Welche städtischen Finanzierungsanforderungen sich aus diesen Veränderungen noch ergeben können, weiß derzeit niemand.

Wir stehen also vor einem Bündel von Herausforderungen in der Haushaltswirtschaft, insbesondere in der mittelfristigen Finanzplanung.

Wir reagieren darauf nicht mit Attentismus und nicht mit übersteigter Vorsicht. Wir legen Ihnen einen Haushalt vor, der seine Gestaltungsmöglichkeiten nutzt und damit auch ein Signal an

Bürgerschaft und Wirtschaft ist, diese Gestaltungsmöglichkeiten offensiv aufzugreifen und zu nutzen.

Wir begeben uns aber nicht jeglicher Spielräume, die wir für künftige Gestaltungsmöglichkeiten in heutigen Zeiten eben auch nicht vollständig ausnützen dürfen.

Bei aller Schwierigkeit – die ich eingangs angesprochen habe - ein genehmigungsfähiges Finanzpaket auf den Weg zu bringen, sehen wir diesen Haushalt und die Finanzplanung seitens der Verwaltung letztlich doch als ein Zeichen des Optimismus in schwieriger Zeit, der es den Stadträtinnen und Stadträten, die sich diesem Optimismus anschließen möchten, sehr gut ermöglicht, diesem Haushaltspaket zuzustimmen.